

Gemeinde Kneitlingen  
II-22-Se

Niederschrift

über die

**öffentliche Sitzung des Rates der Gemeinde Kneitlingen Nr. R  
Kn 8/012**

vom **25.08.2010**

Sitzungsort: Bansleben, Dorfgemeinschaftshaus

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 20:00 Uhr

**Anwesend sind:**

SPD-Fraktion

Markus Glagla  
Andreas Herbst  
Andreas Redemske  
Andrea Sefkow

CDU-Fraktion

Theodor Biegel  
Johannes Feigel  
Heike Hoffmeister

Grüne

Hans-Dieter Rummert

**Vorsitz: Johannes Feigel**

**Es fehlen:**

CDU-Fraktion

Michael Kahl

**Ergebnis der Sitzung:**

**Öffentlicher Teil**

**Zu Punkt 1.: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Bürgermeister Feigel eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die trotz der Abwesenheit von Herrn Kahl gegebene Beschlussfähigkeit fest.

<b>Zu Punkt 2.:      Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge</b>
--

Herr Bürgermeister Feigel weist darauf hin, dass die Tagesordnung vom 18.08.2010 kurzfristig um einen Tagesordnungspunkt zu erweitern ist (1. Nachtragshaushalt und 1. Nachtragshaushaltsplan 2010). Dieser wird als TOP 5 - hinter einer Entscheidung über die Straßenbeleuchtung - behandelt. Die folgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend nach hinten. Herr Glagla hätte sich die Unterlagen über den Nachtragshaushalt früher gewünscht. Aber unter dem Gesichtspunkt der Erneuerung der Straßenbeleuchtung ist er mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung festgestellt.

<b>Zu Punkt 3.:      Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung des Rates der Gemeinde Kneitlingen vom 04.08.2010</b>
---

**Beschluss:**

***Die Niederschrift über die 11. Sitzung des Rates der Gemeinde Kneitlingen vom 04.08.2010 wird in Form und Fassung genehmigt.***

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

<b>Zu Punkt 4.:      Straßenbeleuchtung - Aufgabenwahrnehmung durch Dritte (ohne RDS)</b>
---

*RDS-Nr. (ohne RDS)*

Auf Bitten von Herrn Feigel vergegenwärtigt Herr Glagla den übrigen Ratsmitgliedern noch einmal den bisherigen Verlauf der Vorbereitung und Beratung zum Thema Straßenbeleuchtung.

Am 02.03.2010 hatte der Rat über eine Neuinvestition in die Straßenbeleuchtung zu entscheiden. Zeitlich war damals Eile

geboten, um in den Genuss von Fördermitteln des BMU in Höhe von 25 % der Bruttoinvestitionssumme zu kommen. Nachdem dies durch den Rat beschlossen wurde, teilte die Verwaltung Anfang Mai mit, dass die bereitgestellten Fördermittel ausgeschöpft seien.

Bei einer Informationsveranstaltung am 11. August stellten vier Mitarbeiter der e.on/Avacon ein GmbH-Modell und die Gründung einer „Regio-Licht GmbH“ vor. Diese sollte die Neuinvestition in die Straßenbeleuchtung vornehmen, mit dem Vorteil günstige Kommunalkredite zu erhalten.

Er und Herr Feigel hätten jedoch den Eindruck gewonnen, dass durch eine GmbH Gründung der Gemeinde keine Vorteile entstehen würden. Er habe vielmehr den Eindruck, dass die e.on hiermit neue Einnahmemöglichkeiten suche. Es konnten keine Kosten-Nutzen Einschätzungen abgegeben werden, was er von den Vortragenden sehr erbärmlich fand.

Für eine Finanzierung ohne GmbH Gründung böten sich zwei Möglichkeiten zur Umsetzung des Straßenbeleuchtungskonzeptes an:

1. Das Konzept wird noch in diesem Jahr - allerdings unter Verzicht auf die Förderung durch das BMU - umgesetzt. Die Finanzierung erfolgt über ein zinsgünstiges Darlehen der KfW (0 % Zinsen für die ersten 2 Jahre und 0,75 % Zinsen für die Jahre 3 - 5). Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass mit der Maßnahme noch in diesem Jahr begonnen wird.
2. Die Alternative wäre abzuwarten und zu hoffen, dass im nächsten Jahr neue Fördermittel zur Verfügung stehen. Dies ist allerdings ebenso ungewiss, wie das Vorhandensein der zinsgünstigen Finanzierung durch die KfW nach dem 31. Dezember 2010.

Frau Sefkow fragt sich was passiert, wenn der Gemeinderat nichts unternimmt und die Straßenbeleuchtung in ihrer bisherigen Form belasse. Sie fühle sich sehr unter Druck gesetzt, da keine Alternative bestehe. Außerdem habe die Gemeinde kein Geld. Herr Feigel weist darauf hin, dass die Gemeinde schon Alternativen habe und Geld für diese Maßnahme zur Verfügung stehe. Im nächsten Jahr werde ein Kredit mit der bestehenden Rücklage abgelöst. Durch das zinsgünstige Darlehen der KfW stehe der Gemeinde das Geld praktisch kostenlos zur Verfügung. Zudem müsse man den Umweltschutzgedanken berücksichtigen.

Herr Glagla stimmt zu, dass die Gemeinde unter Druck gesetzt werde. Die Gemeinde habe jedoch keine andere Wahl und er plädiere auch vor dem Hintergrund der CO<sub>2</sub>- und Stromeinsparung für die Neuinvestition.

Außerdem ist seiner Meinung nach im Hinblick auf eine mögliche Fusion für die Zukunft noch vieles ungewiss und fraglich.

Herr Feigel betont, dass es sich bei der Straßenbeleuchtung endlich einmal wieder um eine zukunftssträchtige Investition handelt und nicht wie es sonst meist der Fall ist, eine teure Investition zur Sanierung einer Straße.

Herr Herbst erklärt, dass es sich bei LED um eine ausgereifte Technik handelt. Es sei aber durchaus möglich, dass die Preise für LED in den nächsten Jahren um die Hälfte sinken werden. Herr Rummert glaubt, dass die Preise ab 2016 - wenn alle Gemeinden umgestellt haben - fallen werden.

Nach Meinung von Herrn Biegel war für die seinerzeit angestrebte Zuschussgewährung die Installation von Lichtregelsystemen Voraussetzung. Ohne Zuschussgewährung halte er ein Lichtregelsystem im Ortsteil Eilum (ein auszutauschender Leuchtenkopf) für nicht sinnvoll.

Herr Herbst gibt an, dass auch eine Leuchte separat gedimmt und gesteuert werden kann. Er wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, warum überhaupt Lichtregelsysteme benötigt werden.

Herr Glagla bittet die Verwaltung zu überprüfen, ob die in Eilum auszutauschende Straßenbeleuchtung verkehrssicherungsrechtlich überhaupt notwendig sei.

Herr Feigel verweist abschließend noch auf den bekannten Sonderfall südlich der bebauten Ortslage von Kneitlingen hin.

Herr Glagla schlägt vor, die Lichtregelsysteme in den Ortsteilen Ampleben, Bansleben und Kneitlingen als Eventualposition auszuscheiden.

Falls deren Installation aus technischen Gründen notwendig sei, sollten hierüber der Bürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden entscheiden. Diesem Vorschlag wird von den übrigen Ratsmitgliedern zugestimmt.

Im Anschluss daran lässt Herr Feigel über den Beschlussvorschlag abstimmen.

### **Beschluss:**

***Der Beschluss des Rates der Gemeinde Kneitlingen zur Umsetzung des Klimaschutz- und Energiesparkonzeptes Straßenbeleuchtung vom 02.03.2010 wird ausdrücklich nochmals in der Kenntnis bestätigt, dass eine Zuschussgewährung durch das Bundesumweltministerium (BMU) nicht mehr erfolgt.***

***Der Beschluss über die Anzahl der auszutauschenden Leuchtenköpfe wird dahingehend geändert, dass lediglich 72 Leuchtenköpfe ausgetauscht werden sollen.***

***Im Ortsteil Eilum wird vorerst kein Lichtregelsystem installiert.***

*Die Lichtregelsysteme in den drei anderen Ortsteilen werden als Eventualposition ausgeschrieben.*

*Die Beleuchtung auf der freien Strecke der Kreisstraße südlich der bebauten Ortslage Kneitingens wird bis auf die Beleuchtungsanlage an der Kreuzung der K10 mit der K11 nicht ersetzt und abgeschaltet.*

*Dies geschieht unter dem Vorbehalt, dass hierdurch die Beleuchtung an der genannten Kreuzung weiterhin gewährleistet bleibt.*

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

**Zu Punkt 5.: 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtrags-  
haushaltsplan 2010**

*RDS-Nr. Kn 8/038*

Herr Feigel verliest die dem Rat am heutigen Tage zugegangene Sitzungsvorlage und lässt im Anschluss über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

*Der Rat der Gemeinde Kneitlingen beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2010 in der der RDS-Nr. Kn 8/038 vom 25.08.2010 beigefügten Fassung.*

**Danach**

1. *erhöhen sich die Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes um 39.500 €,*
2. *erhöht sich die Ermächtigung zur Aufnahme von Investitionskrediten von bisher 0 € auf 50.000 €.*

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

**Zu Punkt 6.: Breitbandversorgung hier Sachstandsbericht**

Herr Feigel berichtet von der am 11. August stattgefundenen Informationsveranstaltung im Schöppenstedter Rathaus. Positive Bilanz dieser Veranstaltung sei die Tatsache, dass die Breitbandversorgung kommen werde. Als negativer Nachhall sei einen Tag später ein Schreiben des Landkreises Wolfenbüttel im Rathaus eingegangen. Hierin werden die Gemeinden gebeten, bis Mitte September einem vom Landkreis vorformuliertem Beschluss zuzustimmen. Hier solle die Gemeinde ihre Unterstützung bei der Realisierung der Breitbandversorgung und den Verzicht auf

die Erhebung von Konzessionsabgaben für Errichtung und Betrieb von Telekommunikationsanlagen erklären.

Neben der Tatsache, dass bei der Informationsveranstaltung kein Wort hierüber gesagt wurde, finde er die Haltung und Forderung des Landkreises sehr kurios. Gerade der Landkreis fordere von den Gemeinden immer wieder sämtliche Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen, aber hier solle für alle Zeit darauf verzichtet werden.

Er sehe es durchaus ein, dass die Erschließung des ländlichen Raumes kostspieliger sei als die Versorgung von Städten wie Wolfenbüttel oder Braunschweig. Aus diesem Grund könne er sich einen Verzicht auf die Erhebung von Konzessionsabgaben für einen gewissen Zeitraum vorstellen, aber keinesfalls dauerhaft.

Herr Redemske fügt hinzu, dass sich der Landkreis in der Öffentlichkeit ganz anders darstelle.

Herr Glagla geht auf die momentan vom Landkreis durchgeführte Ausschreibung ein. Er finde es merkwürdig, wie hier vorgegangen wird. Normalerweise wird in der Ausschreibung festgeschrieben, was der Auftraggeber haben möchte.

Herr Rummert stellt einen Vergleich zu der Deutschen Post her. Diese sei verpflichtet gewesen, jeden noch so kleinen Hof zu beliefern. Nur so könne es auch bei der Breitbandversorgung sein.

Unter den Ratsmitgliedern besteht Einvernehmen, dass die vom Landkreis erbetene Erklärung so kurzfristig und allgemein gefasst nicht abgegeben werden könne. Es solle zunächst die angekündigte Informationsveranstaltung am 06.09. in Sickinge abgewartet werden.

### **Entscheidung zurückgestellt**

<b>Zu Punkt 7.: Anfragen und Mitteilungen</b>
---

<b>Zu Punkt 7.1.: Anfragen und Mitteilungen der Mitglieder</b>
--

<b>Zu Punkt Verkehrssituation im Ortsteil Kneitlingen</b>
---

**7.1.1.:**

Herr Redemske fragt nach dem Sachstand der in der letzten Sitzung favorisierten gesamtörtlichen 30-Zone in Kneitlingen. Herr Feigel führt aus, dass er mit Herrn Schulz bereits ein Gespräch hierüber geführt habe, dieser die Aussichten allerdings sehr schlecht einschätze.

Unter den Ratsmitgliedern besteht Einvernehmen, dass die Geschwindigkeitsmessanlage zum nächst möglichen Zeitpunkt im Ortsteil Kneitlingen zum Einsatz kommen soll. Herr Könnemann soll sich diesbezüglich direkt mit Herrn Redemske in Verbindung setzen.

**Zu Punkt 7.2.: Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung**

Liegen nicht vor.

**Zu Punkt 8.: Schließung der öffentlichen Sitzung**